

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.05.2022

Inhalt

EWN

1 Noch viele Lehrstellen in MV unbesetzt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 07.05.2022</i>	3
2 Rat für Osten von MV gestartet <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.05.2022</i>	4
3 Wohin mit dem Kraftwerksmüll? <i>Mannheimer Morgen Stadtausgabe, 09.05.2022</i>	5
4 Gesichert <i>Dingolfinger Anzeiger, 07.05.2022</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 07.05.2022 | S. 14

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

👤 Frank Pfaff

Noch viele Lehrstellen in MV unbesetzt

Arbeitgeber werben für Berufsausbildung / Vor allem in Handel und Gastronomie fehlen Bewerber

Mit eindringlichen Worten haben Vertreter aus Wirtschaft und Politik kurz vor Ende des Schuljahres noch einmal für die Aufnahme einer Berufsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern geworben. In dem am Freitag veröffentlichten Ausbildungsappell verweisen sie auf die Vielfalt der Angebote und gute Karrierechancen. Wer unschlüssig sei, solle die verstärkt angebotenen Betriebspraktika zur Orientierung nutzen. Schülerinnen und Schüler könnten sich so „ihren Traumberuf in der eigenen Region anschauen“, sagte Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz.

Nach Angaben der Regionaldirektion Nord der Arbeitsagentur waren im April in MV knapp 6600 Ausbildungsplätze unbesetzt und damit acht Prozent mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Die Zahl der noch unversorgten Bewerber lag mit 3700 hingegen um fast neun Prozent unter dem Vorjahreswert. Gesucht werden vor allem Nachwuchskräfte in Handel und Gastronomie aber auch in früher überlaufenen Branchen wie dem Kfz-Handwerk. Die Zahl der freien betrieblichen Ausbildungsstellen wurde mit insgesamt 6320 angegeben.

Dem wachsenden Bedarf an Fachkräften, der durch den altersbedingten Abgang erfahrener Mitarbeiter verstärkt wird, steht eine geringe Zahl an Schulabgän-

gern gegenüber. Schlossen 1996 noch 29 500 Jungen und Mädchen in MV die Schule ab, sind es derzeit etwa 13 000 pro Jahr. Laut Statistischem Landesamt nehmen etwa 7500 von ihnen eine Lehre auf. Die anderen gehen zum Studium oder legen ein soziales Jahr ein.

Unternehmen, Branchen und Regionen stünden in immer stärkerem Wettbewerb um qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte. „Umso wichtiger wird es, frühzeitig auf das Thema Ausbildung zu setzen und in den eigenen Fachkräftenachwuchs zu investieren“, betonte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Dabei gelte es, auch um Abiturienten und Studienabbrecher zu werben und zugleich leistungsschwächeren Bewerbern eine Chance zu geben.

DGB-Nord-Vizechef Ingo Schlüter rief die Schüler dazu auf, sich auf Berufsmessen umzuschauen und Praktika zur Orientierung zu nutzen. Die Aufnahme einer Lehre sei ein wichtiger Schritt zu einem Leben auf eigenen Beinen. „Man verdient sein eigenes Geld und verschafft sich mit einem Berufsabschluss echte Karriere- und Einkommenschancen.“

Es gebe in Mecklenburg-Vorpommern freie Ausbildungsplätze in allen Branchen, betonte Margit Haupt-Koopmann, Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.05.2022 | S. 6

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

Rat für Osten von MV gestartet

Der frühere Vorpommernrat heißt jetzt Rat für Vorpommern und das östliche Mecklenburg und ist am Samstag in Greifswald von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) berufen worden. Seine Mitglieder sollen den für die Region zuständigen Staatssekre-

tär Heiko Miraß (SPD) beraten, vor allem bei strategischen Entwicklungsthemen für den östlichen Landesteil. Zu den 21 Mitgliedern zählen unter anderem Unternehmer, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker.

📰 Mannheimer Morgen Stadtausgabe | 09.05.2022 | S. 17

📄 Auflage: 42.540 | Reichweite: 149.666

👤 Bernhard Zinke

KERNENERGIE: SOWOHL BIBLIS ALS AUCH PHILIPPSBURG SUCHEN ABNEHMER VON ABBRUCHMATERIAL AUS REAKTOR-RÜCKBAU

Wohin mit dem Kraftwerksmüll?

Bibilis/Philippsburg. Die beiden Kernkraftwerke in der Metropolregion sind abgeschaltet, die Rückbauarbeiten längst im Gange. Der Abriss der Anlagen wird vermutlich ein Jahrzehnt und länger dauern. Doch wohin mit dem Abbruchmaterial? Sowohl in Biblis (Kreis Bergstraße) als auch in Philippsburg (Kreis Karlsruhe) gibt es noch jede Menge offener Fragen – nun auch mit dem vermeintlich unproblematischen Abfall. Auch diesen will nämlich keiner haben.

Der hoch radioaktive Müll – soviel ist klar – bleibt mindestens für die nächsten drei Jahrzehnte an den Standorten der Kraftwerke. Die Brennstäbe werden in Zwischenlagern deponiert. Und zwar so lange, bis ein Endlager zur Verfügung steht. Nach Planungen der Bundesregierung wird dieses frühestens ab 2050 der Fall sein. Schwach- und mittlerradioaktiver Abfall wird ebenfalls strahlungssicher verpackt und in das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter transportiert. Dieses Endlager soll 2027 bereit sein.

Erster Anlauf gescheitert

Doch was passiert mit dem Beton, der etwa in strahlungsbelasteten Kontrollbereichen der Kernkraftwerke verbaut war? Der Plan der Kraftwerksbetreiber ist, „freigemessenen“, also nur ausgesprochen schwach strahlenden Bauschutt auf Deponien zu lagern.

Für Philippsburg ist allerdings nun ein erster Anlauf gescheitert. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat nach monatelangem Verfahren dem Plan des Kraftwerksbetreibers EnBW eine Absage erteilt. Der wollte den Beton auf einer Deponie des Enzkreises abladen. Schließlich gibt es eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Karlsruhe und dem Enzkreis zur Abnahme mineralischer Restabfälle. Doch nach der gerichtlichen Entscheidung braucht der Enzkreis das Material aus dem Philippsburger Kraftwerk nicht aufzunehmen. Die Beteiligten haben allerdings die Möglichkeit, Berufung zum Verwaltungsgerichts-

hof in Mannheim einzulegen.

Zwar hatte der Enzkreis mit Kapazitätsproblemen als juristischem Hebel argumentiert: Aus Philippsburg falle mehr Material an, als auf der Deponie bei Maulbronn Platz sei. Doch hat auch die Abfallart eine Rolle gespielt. In seiner Presseerklärung stellt das Gericht aber auch fest, dass eine Ausnahmezulassung für die Depositionierung des freigemessenen Betons nach dem Abfallschlüssel 170101 nötig gewesen wäre.

Der Kreis Karlsruhe reagiert in einer Stellungnahme deutlich verstimmt: „Der Landkreis ist weder Erzeuger der genannten Abfälle noch sonst für deren Entsorgung zuständig.“ Denn das Abbruchmaterial erfülle nicht die Voraussetzungen, um auf der Deponie im Enzkreis abgelagert zu werden. „Wegen der schwierigen Entsorgungssituation hatte sich der Landkreis Karlsruhe um eine andere Lösung gekümmert und die Abfallerzeuger mehrfach aufgefordert, auch alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu prüfen. Die Anlagenbetreiber hatten sich stattdessen im Einklang mit dem Land Baden-Württemberg entschieden, eine Entsorgung auf der Deponie gerichtlich prüfen zu lassen“, heißt es weiter in der Stellungnahme. Es sei Fakt, „dass die Entsorgung dieser Abfälle damit weiterhin nicht gesichert ist“.

In Südhessen ist die Entscheidung des Karlsruher Gerichts sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen worden. Denn dort tobt ein ähnlicher Kampf um freigemessenes Abbruchmaterial aus Biblis. Wie auch der Kreis Karlsruhe hat der Kreis Bergstraße keine eigene Deponie mehr. Deshalb hat der für den Kreis zuständige Abfallzweckverband beim Regierungspräsidium in Darmstadt einen Antrag gestellt, das Material an einer anderen Stelle in Hessen außerhalb des Kreises zu deponieren.

Umweltministerin Priska Hinz hat bereits angemahnt, die Transporte sollten nicht über allzulange Strecken

erfolgen. Die nächstgelegene Deponie liegt im 40 Kilometer entfernten Büttelborn (Kreis Groß-Gerau). Dort sind die Reihen des Widerstands bereits geschlossen, wie Bürgermeister Marcus Merkel berichtet. Die Entscheider vor Ort kennen die Antragsunterlagen. „Wenn das Material so ungefährlich ist, warum muss dann bei jeder Tour der Lkw-Fahrer ausgetauscht werden?“, fragt Merkel im Gespräch mit dieser Redaktion. Eigentlich müsse dieser Müll unter Tage.

Bürger und Politik einig

Wie im Enzkreis stellt sich auch in Büttelborn die Frage nach der Kapazität. Vom Kreis Bergstraße beantragt sind rund 3000 Tonnen freigemessener Abbruch-Beton aus Biblis, die im Zeitraum von zehn Jahren deponiert werden sollen. Deponiert werden darf in Büttelborn aber nur bis Ende 2030. Der Widerstand in Büttelborn steht jedenfalls. Marcus Merkel weiß, dass sich Bürgerinitiative, Deponiebetreiber und politische Kräfte einig sind: „Wenn das Regierungspräsidium die Deponierung bei uns genehmigt, dann wird definitiv geklagt.“

 Dingolfinger Anzeiger | 07.05.2022 | S. 19

 Auflage: 8.514 | Reichweite: 23.399

 Michael Seidl

Gesichert

Kein Spaziergang durchs Spektakel: Besuch am BGZ-Standort Isar – de facto und de jure ein Zwischenlager

Mehrere gepanzerte Türen öffnen sich in bedächtiger Stille. Im Zwischenraum warten Strahlenschutzmessung und Kontaminationskontrolle mittels eines Dosimeters. Doch betritt man das Atommüll-Zwischenlager Isar, ereignet sich kein Spektakel. Keine Menschenseele bevölkert die Halle, lediglich die Sicherheitskontrolleure verrichten ihren Dienst. In Reih und Glied stehen die meterhohen blauen CASTOR-Behälter umgeben von mannsdickem Stahlbeton. Der monströse Kran sehnt seinen nächsten Einsatz herbei. Hätte sich der Redakteur eine Erlebnisreise in die geheimnisvolle Welt der Kernenergie versprochen, wäre er sicher enttäuscht worden.

Die Castoren kommen in unregelmäßigen Abständen, teils mit einem Jahr Pause wie 2021, per Schiene aus dem Kraftwerk Isar II (Gemeinde Essenbach) ins Zwischenlager Isar (Gemeinde Niederaichbach). Dort werden sie von einer gewaltigen Krananlage angehoben und ordnungsgemäß platziert. Derzeit werden 79 CASTOR-Behälter verwahrt, etwa 120 bis 150 Tonnen bringen die etwa sechs Meter hohen Behältnisse aus Gusseisen auf die Waage. Die Ankunft neuer Castoren kann binnen weniger Stunden abgearbeitet werden, weit langwieriger ist der damit einhergehende Schriftverkehr, berichtet der technische Leiter des Zwischenlagers, Markus Luginger. Die tägliche Arbeit der Beschäftigten findet daher im Büro statt oder widmet sich der wiederkehrenden Prüfungen der technischen Anlage und der Behälter selbst. Betreuung, Überwachung, Dokumentation und Wartung sind die entscheidenden Stichworte.

Lagerung muss in die Verlängerung gehen

Bis etwa ins Jahr 2026/27 wird es dauern, bis nach dem Ende der Energieproduktion im AKW Isar II in diesem Jahr alle Behälter vorbereitet sind und der BGZ übergeben werden. Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung ist dabei erst seit 2019 für die Anlage verantwortlich, schildert deren Pressesprecher Stefan Mirbeth. Zuvor hatte der Kraftwerksbetreiber

PreussenElektra das Lager unter dem Namen Bereitstellungslager Niederaichbach verwaltet. Seit der bundesweiten Umstrukturierung der Nuklearsicherheit ist dies nun Hoheitsaufgabe der BGZ, die der BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) demnach vorbereitend zuarbeiten soll.

Bislang ist die Verwahrung des hochradioaktiven Atommülls am Standort Isar bis 2047 gestattet. Dies entspricht einem Zeitraum von 40 Jahren seit Beginn der Lagerung im Jahr 2007. Allerdings wird der Genehmigungszeitraum nicht bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers ausreichen. Zum einen plant die BGE ohnehin erst mit 2050, zum anderen ist die sichere und bürokratisch korrekte Überführung der CASTOR-Behälter zeitaufwändig und wird entsprechend mehrere Jahre in Anspruch nehmen. „Die BGZ weiß seit ihrer Gründung um die notwendige Verlängerung der Zwischenlagerung und hat hierzu eine Fachabteilung aufgebaut, die an die Erfüllung aller Schutzziele bei Zwischenlagerung bis zur Ablieferung an ein Endlager sicherstellt“, erklärt Stefan Mirbeth.

Schutzpanzer gegen Elemente und Hasardeure

Jedoch sind sich am Standort Isar alle Beteiligten bewusst, dass ein Zwischenlager nur eine Übergangslösung sein kann. „Zügig ein Endlager zu finden, das langfristig den besten Schutz von Mensch und Umwelt bietet, muss daher das Ziel sein.“ Um diese Zeit der Überbrückung mit maximaler Sicherheit zu begehen, trifft die BGZ im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) umfangreiche Vorkehrungen. So gehört das Brennelemente-Zwischenlager, welches sich in der Gemeinde Niederaichbach befindet, zu den bestgesichertsten Objekten in Deutschland. Ausgiebige Personen- und Sicherheitskontrollen, die Eingliederung in die Sicherheitsstruktur des AKW Isar II, die Struktur der Lagerhalle und die Beschaffenheit der Behältnisse vermitteln dem Redakteur dabei nur einen kleinen Eindruck.

So halten Lager und Behältnisse gleichermaßen enormen Stressleveln stand. Vorkehrungen hinsichtlich Erdbeben, Bränden, Blitzeinschlägen, Überschwemmungen und Ähnlichem wurden getroffen sowie stets hinterfragt und angepasst. Die CASTOR-Behälter sind allerdings der entscheidende Schutzpanzer. Sie überstehen extreme thermische und mechanische Belastungen, überleben Transportunfälle, Feuer und Flugzeugabstürze. Jegliches Szenario wird dabei vor der Zulassung der Behälter simuliert. Nur so erfüllen die Standards des Zwischenlagers Isar die Anforderungen der internationalen Atomenergieorganisation.

Sollte der Fall einer Undichtigkeit eintreten, sind die spezifisch ausgebildeten und sensibilisierten Fachkräfte in der Lage, jedwede Art von Schäden an den Castoren vor Ort zu beheben. Obwohl derartige Reparaturen seit Beginn der Zwischenlagerung 2007 noch nie vorgenommen werden mussten, übt die Belegschaft stets für den Ernstfall. „Die Errichtung von heißen Zellen an den Zwischenlager-Standorten ist dafür aber nicht erforderlich“, stellen Mirbeth und Luginger klar.

Offen und ehrlich, bis auf eine Ausnahme

Um keine Gerüchte, Ängste oder Unbehagen in der anrainenden Bevölkerung zu schüren, bemüht sich die BGZ ferner, offen zu kommunizieren und mit den Kommunalpolitikern der Nachbargemeinden und -landkreise in einen stetigen Diskurs zu treten. So zeigten sich die Verantwortlichen der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung auch der Heimatzeitung gegenüber offen und beantworteten alle Fragen mit der nötigen Detailtiefe. Auch der Besuch des Redakteurs vor Ort wurde ohne jegliche Skepsis zugelassen, interessierte Bürger und Politiker sind zudem eingeladen, sich selbst ein Bild von der Sicherheitsstruktur des

Zwischenlagers Isar zu machen.

In der Kritik einiger Kommunalpolitiker stand und steht aber vor allem die Rückführung des bayerischen Atommülls aus der Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield (Großbritannien). Dazu hat sich die Bundesrepublik mit breitem politischen Konsens verpflichtet, um die Lager in Großbritannien und La Hague (Frankreich) von deutschen Altlasten zu befreien. Insgesamt sind noch sieben CASTOR-Behälter zum Rücktransport an den Standort Isar ausständig. Diese werden mittels See- und Schienentransport an ihren Bestimmungsort überführt. Zur Sicherung des Transports, der innerhalb der nächsten zehn Jahre stattfinden wird, kann der genaue Zeitpunkt der Rückführung jedoch nicht veröffentlicht werden.

An seine Kapazitätsgrenzen kommt das Zwischenlager Isar trotz der Rückführung jedoch lange nicht. Da die Planung aus dem Jahr 2007 den Atomausstieg nicht vorhersah, liegt die genehmigte Anzahl an Castoren bei 152 auf einer Fläche von etwa 2 560 m². Da sich derzeit 79 Behälter im Zwischenlager befinden und nur mehr wenig Atommüll aus dem AKW Isar II hinzu stoßen wird, ist von einem Höchststand von unter 100 Castoren auszugehen.

Rechtliche Zuständigkeiten

Die Genehmigungsgewalt über hochradioaktive Stoffe liegt beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), welches dem Bundesumweltministerium (BMU) angehört. Aufsicht und Genehmigungsgewalt über weniger radioaktiven Abfall haben die Behörden der Bundesländer inne. Die Endlager suche für schwach- bis mittelmäßig radioaktive Abfälle ist bereits abgeschlossen. Das Endlager Konrad bei Würgassen, Nordrhein-Westfalen geht Mitte des Jahrzehnts in Betrieb.